

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismusforschung 2/2010

Eric Kurlander: Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich

New Haven/London: Yale University Press, 2009, XII u. 292 S., 16 Abb., ISBN-13: 978-0300116663

Eric Kurlander hat ein provokantes Werk verfasst, dessen Hauptthese die partielle ideologische Kontinuität von dem Linksliberalismus Naumann'scher Prägung zu Hitlers Nationalsozialismus ist.

Damit führt er seine These vom „völkischen“ Liberalismus weiter, die er in seinem Werk „The Price of Exclusion“ entwickelt hatte.¹ Leider verwendet er die Begriffe ethnisch und völkisch nicht scharf differenziert; denn während ethnisch ein neutraler Terminus ist, bezeichnet völkisch eine rassische Hierarchisierung, die sich nicht nur auf die Sprache und die Kultur, sondern auch auf die Abstammung, das Blut, bezieht und somit mystische Dimensionen gewinnt. Jedenfalls beinhaltet die auch von Linksliberalen begrüßte ethnisch begründete Staatsbürgerschaft ein ausschließendes Element.

Schon in den 1960er Jahren stellte der Historiker Ernst Nolte ideologische Verbindungen zwischen Liberalismus und Faschismus her,² ist doch der Untergang der liberalen Säule der Weimarer Republik, sowohl der nationalliberalen DVP wie der linksliberalen DDP (DStP), offensichtlich, während die Sozialdemokraten und die katholische Zentrumsparterie geschwächt überstanden.

Seinen Ausgangspunkt nimmt Kurlander von der Frage, ob der deutsche Liberalismus eine geistige Kraft vertrat, die es dem NS-Regime unmöglich machte, seine totalitären Pläne zu verwirklichen. Dafür bezieht er sich auf die gesamte Skala liberalen Verhaltens im NS-Staat, von Kollaboration bis zum Widerstand. Die beunruhigende Erfahrung des liberalen Niedergangs reziprok zum Aufstieg der Nationalsozialisten führt ihn zu der Frage nach der Kontinuität vom deutschen Liberalismus zum Nationalsozialismus, speziell bezüglich ihrer Progressivität, des weiten Spielraums von liberaler Kritik und täglicher Opposition, Widerstand und Versagen, und der graduellen Veränderung der Einstellung von Liberalen zum Nationalsozialismus.

Das Werk „Living with Hitler“ ist übersichtlich gegliedert, wobei die Untergliederung aus dem Inhaltsverzeichnis leider nicht hervorgeht. Auf die Einleitung folgen fünf in sich abgeschlossene Kapitel, in denen nach einer Problemskizze die Thematik an verschiedenen Beispielen ausgeführt und in einem Schlussteil zusammengefasst wird. Die fünf, zwischen 33 und 42 Seiten langen Themenkapitel widmen sich (1) dem liberalen Widerstand gegen Hitler, (2) dem Kampf um liberale Ideale im kulturellen und intellektuellen Leben, (3) Gertrud Bäumers Sozialpolitik und der liberalen Frauenbewegung, (4) dem liberalen Nationalismus und der NS-Außenpolitik, (5) der liberalen Antwort auf Hitlers „Judenfrage“. Der Autor untersucht seine Quellenbasis intensiv und mit weitreichenden Konsequenzen.

Im ersten Kapitel fragt er nach dem liberalen Anteil am deutschen Widerstand gegen das Hitler-Regime. Zurecht gibt er der Frage nach der Zustimmung der liberalen Reichstagsabgeordneten zum Ermächtigungsgesetz im März 1933 ein besonderes Gewicht, beinhaltete es doch nicht weniger als die

¹ Eric Kurlander: The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity and the Decline of German Liberalism 1898-1933. New York 2006.

² Ernst Nolte: Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen. München 1968.

legale Abschaffung der Gewaltenteilung. Als spezifische liberale Gründe hebt er den Einfluss von Naumanns Nationalsozialen auf die DDP und den ethnischen Nationalismus und Imperialismus linker Demokraten hervor, wobei er sich auf die Verbindung von DDP und Jungdeutschem Orden zur DStP 1930 stützt, aber übergeht, dass dessen antisemitische Tendenzen in dem Vereinigungsprozess keine Rolle gespielt hatten. Andere Gründe wie die Gewöhnung an autoritäre Präsidialregierungen, der Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1933 und die Furcht vor Verfolgung waren nicht speziell auf die Demokraten anzuwenden.

Ausgesprochen kurz skizziert Kurlander die Kreise um Robert Bosch und Marianne Weber. In der Kürze ergeben sich plakative Übertreibungen wie die Einordnung des Bosch-Kreises als antisemitisch. Unübersichtlich wirkt die Darstellung einer DDP-„Mittwochsgesellschaft“, bei der dem Autor entgangen zu sein scheint, dass ein anderer prominenter Kreis dieses Namens über Jahrzehnte hinweg bestanden hat.³

Seine Darstellung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe ergibt ein gemischtes Bild. So hebt der Autor ihren Ausnahmecharakter hervor, der sich auf ihre scharfe linksdemokratische Frontstellung gegen den Nationalsozialismus und ihren pragmatischen Einsatz für realisierbare Ziele bezieht. Zu den Fehlern, die Beachtung verdienen, weil Kurlander aus seinen Erkenntnissen weitreichende Schlüsse zieht, gehört die Beschränkung auf 60 Vertrauensleute, eine Zahl, die auf Robinsohns Kenntnis der Verhältnisse in Norddeutschland von Ende 1938 zurückgeht. Tatsächlich muss die fünffache Menge angesetzt werden. Kurlander gewichtet die Judenfrage in Robinsohns großer Denkschrift vom Mai 1933 als eines von drei Hauptkapiteln, während sie nur einen minderen Teil des Einleitungskapitels, 6 % des Gesamttextes, ausmacht. Als kritisch würdigt er Elsas' Bereitschaft, für eine vorübergehende Diktatur nach dem Sturz des NS-Regimes einzutreten, übersieht dabei aber die aus der Kriegslage resultierende Notwendigkeit, einen stabilen Übergang zu einer erst wieder zu etablierenden Demokratie zu gewährleisten. Hierhin gehört auch die nicht eingeordnete Bereitschaft zu Restriktionen bei den Grundrechten, faktisch ein pädagogisches Programm, das den Ruf nach verweigerten Grundrechten aus dem Volk – und nicht „von oben“ durch die Regierung – provozieren sollte. Abwegig ist die Vorstellung, die Robinsohn-Strassmann-Gruppe sei mit dem konservativen Widerstand weniger als der Bosch-Kreis verbunden gewesen. Tatsächlich nahm Bosch den „Kanzler“ des deutschen Widerstands, Goerdeler, 1937 in die Firmendienste auf, um ihm eine Basis für seine ausgedehnte Widerstandstätigkeit zu verschaffen. Strassmann wiederum führte Goerdeler schon um den Jahreswechsel 1937/38 seine Widerstandsgruppe zu, Jahre vor dem Kreisauer Kreis und den Sozialdemokraten. Die Verbindung über Goerdeler zur Rechtsopposition war also für beide Kreise gleichermaßen gegeben. Zudem fehlt bei Kurlander jegliche Gewichtung, wenn er die Zusammenarbeit Strassmanns mit Vertretern der antisemitischen Monarchisten anführt. Dass es hier um punktuelle Anknüpfungen ging, wobei den Gesprächspartnern Strassmanns politische Orientierung nicht bewusst war, übergeht er. Einer dieser Monarchisten war im Gespräch mit mir noch Jahrzehnte später fassungslos, als er Strassmanns politischen Hintergrund erfuhr. Die Maßstäbe verrutschen, wenn Kurlander der Robinsohn-Strassmann-Gruppe bloßen passiven Widerstand, dem ehemaligen DStP-Vorsitzenden Hermann Dietrich, der sich den Ansprüchen des Regimes partiell gewandt zu entziehen wusste, aber an aktiven Widerstand grenzendes Verhalten attestiert.

Ähnlich verhält es sich mit der Einschätzung des Kreises vom 20. Juli 1944. Kurlanders Einstufung der Verschwörer als rechte Aristokraten wirkt klischeehaft, als sprächen Adelsprädikat oder Offiziersrang per se für rechte Gesinnung. So entdeckt er nur zwei aktive liberale Verschwörer, Elsas und Hamm,

³ Klaus Scholder (Hg.): Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944. Berlin 1982.

weil er bei den anderen dem gängigen Muster folgt. Auch den sozialdemokratischen Abgeordneten Julius Leber stuft er als Renegaten falsch ein. Dass die Liberalen nur marginal mit den Verschwörern verbunden waren, gilt weder für die Robinsohn-Strassmann-Gruppe bis zu Strassmanns Verhaftung im August 1942 noch für einen Teil der anderen Verschwörer.

Im zweiten Kapitel wendet sich Kurlander der Publizistik und der Kultur zu. Er wirft einen „anderen Blick“ auf die kulturelle Nonkonformität, wenn er Spielräume der ehemaligen liberalen Presse wie Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung oder „Die Hilfe“ konstatiert. Für die Publizistik insgesamt sieht Kurlander starken wirtschaftlichen Konformitätsdruck und gibt zu bedenken, dass öffentliche Apathie und populäre Billigung den intellektuellen Markt mindestens genauso weit geändert hätten wie regierungsamtliche Unterdrückung. Die Reaktion von Zeitungs- und Buchverlagen auf die Marktkräfte sei wichtiger für die Publizistik gewesen als die Repression, urteilt Kurlander, blendet aber Goebbels' geheime Presseanweisungen aus. Goebbels' Schutz für die Frankfurter Zeitung entsprach dem Wunsch, im In- und Ausland als autoritäre Herrschaft anerkannt, aber nicht als Gewaltherrschaft entlarvt zu werden. Die „Hilfe“ untersucht Kurlander nur für den Zeitraum von Heuss' Herausgeberschaft, also bis 1936. Die Anpassung findet er hier maßvoll, die liberale Position klarer vertreten als in den großen Zeitungen. Was Wunder, hatte die marginale „Hilfe“ doch um ein Minimum an Abonnenten zu kämpfen. Die Anpassung war erzwungen, denn eine im eigentlichen Sinn liberale Publizistik hätte beispielsweise die programmatischen Papiere der Robinsohn-Strassmann-Gruppe veröffentlichen müssen. Die Gratwanderung, eben so zu schreiben, dass ein Artikel oder ein Buch wie Heuss' Naumann-Biografie erscheinen konnten, beinhaltete den Versuch, verbliebenen Gesinnungsgenossen in ihrem Inseidasein Orientierung zu geben. Wie weit Heuss dabei ging, zeigt Kurlander eindrucksvoll an seiner Poelzig-Biografie. Der Autor vermerkt zwar, dass Heuss gegen Kriegsende kaum noch publizieren konnte, übersieht aber, dass der Umfang der noch erscheinenden Zeitungen generell kontingentiert wurde.

Im dritten Kapitel befasst Kurlander sich mit der liberalen Frauenbewegung am Beispiel von Gertrud Bäumers Redaktion der Monatsschrift „Die Frau“. Er verortet Bäumer als Vorläuferin der zweiten Welle der Frauenbewegung, die über die rechtliche Gleichstellung hinaus für die Feminisierung der Gesellschaft eintrat. In Bäumer als progressiver Sozialreformerin und Imperialistin sieht er die widersprüchliche Beziehung des deutschen Liberalismus zur Moderne verkörpert. Besonders bei ihr erkennt Kurlander eine bedenkliche Tendenz, wenn sie anlässlich der DStP-Fusion gegen die angeblich asphaltdemokratische jüdische Atmosphäre in der DDP wetterte und Ähnlichkeiten zwischen Naumanns Nationalsozialen und dem Nationalsozialismus hinsichtlich der sozialen Wohlfahrt, des Imperialismus und eines alle ethnischen Deutschen einschließenden Großdeutschlands sah. Bäumer glaubte Kurlander zufolge, dass die progressiven Nazis an Naumann anschließen, wenn es um die Mäßigung des Kapitalismus durch nationale Einheit, um wirtschaftliche Umverteilung und soziale Intervention ging. Dieses Bäumersche Zähmungskonzept bezog sich jedoch, wie Kurlander verdeutlicht, nicht auf die NS-Mehrheit, deren antifeministische Politik sie süffisant kritisierte. Wie abhängig aber die veröffentlichte Meinung von pragmatischen Umständen war, beweist die verschärfte soziale und politische Kontur der „Frau“, nachdem eine NS-Sympathisantin die Redaktion verlassen hatte.

Bäumer differenzierte hinsichtlich der Gesetzgebungspraxis zwischen pro- und antifeministischen Gesetzen, lobte z.B. das Mutterschaftsgesetz von 1942 und kritisierte z.B. den Rückfall in eine minderwertige höhere Erziehung der Mädchen. Rassistische Implikationen nationalsozialistischer Sozialgesetze wies sie zurück. Problematisch wird Kurlanders Argumentation beim Vergleich des liberalen Einsatzes für die Rechte unverheirateter Mütter, dem Recht auf Einzelmutterschaft und der Adoption mit Himmlers rassistischem Lebensborn-Konzept. Liberale Frauen widerstanden „liberalen“ Aspekten

des Nationalsozialismus wie legalisierter Prostitution und deren Ausweitung wie auch der Normalisierung der sexuellen Promiskuität, weil sie darin eine neue Form der Unterdrückung der Frau statt deren Gleichstellung erkannten. Dennoch urteilt Kurlander, dass Bäumer und ihre Kolleginnen eine größere Nähe zum Nationalsozialismus als überlebensnotwendig zeigten, weil sie darin Elemente von Naumanns nationalsozialer Vision erfüllt glaubten.

Im vierten Kapitel geht es um die Außenpolitik. Kurlander ermittelt Vergleichspunkte zwischen Liberalen und Nationalsozialisten, ohne zu beachten, dass der Versailler Vertrag, der die Außenpolitik in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ entscheidend prägte, von allen Parteien der Weimarer Republik einschließlich der KPD abgelehnt wurde. Wenn er die Lehre vom nationalen Selbstbestimmungsrecht als Grundproblem charakterisiert, das er eher den mittel- und osteuropäischen Staaten als den westeuropäischen Demokratien zuweist, lässt er unbeachtet, dass die französische Hegemonialpolitik gerade auch gegen das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands gerichtet war. Mit Blick auf Hitlers zahlreiche außenpolitische Erfolge in den ersten Jahren seiner Herrschaft fragte Hans Robinsohn zu recht, wieso die westlichen Demokratien diese Zugeständnisse nicht schon zur Stabilisierung der Weimarer Republik gemacht hätten.

Naumanns Mitteleuropa-Konzept beschreibt Kurlander widersprüchlich als deutsch-hegemonial und völlig liberal, wobei Deutschland und der Kriegsgegner Frankreich Partner seien und die Türkei sich anschließen könne, eine beachtliche Perspektive auch im 21. Jahrhundert. Er beurteilt es als grenzenlos flexibel und somit als anwendbar im Sinne der völkischen Nationalisten, unterstreicht jedoch die Scheidung der Geister, die aus Hitlers Risikopolitik resultierte, während die Demokraten ein universalistisches, multilaterales Europa-Konzept entwickelten.

Kurlander differenziert in außenpolitischer Hinsicht verschiedene Kategorien Liberaler von der prinzipiellen Ablehnung der Außenpolitik Hitlers bis hin zu deren Rationalisierung aufgrund von ideologischen Obsessionen mit ethnischem Nationalismus und Lebensraum. Recht milde ist Kurlanders Einschätzung von Paul Rohrbach, dem Mitstreiter Friedrich Naumanns, einem ethisch-liberalen Imperialisten, der nach Ansicht des Autors sich schon in den späten 1930er Jahren zunehmend von dem NS-Regime entfremdet hätte und Gegner des Rassismus gewesen sei. Kurlander hat jedoch mit einer frühen Ausgabe von Rohrbachs Bestseller „Der deutsche Gedanke in der Welt“ vom Anfang der Weimarer Republik vorlieb genommen, statt die Neubearbeitung 1940 heranzuziehen, wo Rohrbach die nationale und soziale Erhebung des Dritten Reiches rühmte, den Weimarer Parteienstaat verwarf und der DDP den rassistischen Vorwurf machte, manche Führungsmitglieder hätten das deutsche Nationalgefühl beleidigt. Rohrbach fiel in nationalsozialistische Terminologie, wenn er das Untermenschentum, speziell auch „jüdische Elemente“, als Krankheit wahrnahm, andererseits aber die „Genialität“ des „Führers“ lobte.⁴ Kurlander betont hingegen Rohrbachs gemäßigte Vorstellungen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs.

Zu Kurlanders Umgang mit Robinsohns großer Denkschrift vom November/Dezember 1941 sind einige Bemerkungen zu machen. Darin stehen strategische Perspektiven – etwa die Versöhnung mit Frankreich und Polen – im Hintergrund, während die tagespolitischen Notwendigkeiten dominieren und zudem durch eine Fülle so genannter Übungsaufgaben konkretisiert werden. Der Autor übersieht den taktischen Charakter dieser Denkschrift, die darauf angelegt ist, die ersten praktischen Schritte einer postfaschistischen Regierung zu definieren, die, noch dazu unter Kriegsbedingungen, den Boden für eine künftige gedeihliche Politik legen sollte. Aus diesem Grund strebte Robinsohn einen Verständi-

⁴ Paul Rohrbach: Der deutsche Gedanke in der Welt. Neubearbeitung 1940. Königstein/Leipzig 1940, S. 134, 152-158.

gungsfrieden an, der auch an die Resultate der Nachgiebigkeit der Westmächte gegenüber Hitler vor 1939 anknüpft. Diesbezüglich sollen an einem Satz Kurlanders Missverständnisse aufgezeigt werden: „Dies sind von einem linken jüdischen Demokraten, einem leidenschaftlichen, sich der Endlösung bewussten Gegner Hitlers erstaunliche Wünsche, die die Tiefe und den durchdringenden Charakter des liberalen Nationalismus drei Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs illustrieren.“ (Seite 147, eigene Übersetzung) Kurlander bezieht sich auf Robinsohns Vorschlag, dass das Nach-Hitler-Deutschland die vor 1939 erworbenen Gebiete behalten solle. Gegen Kurlanders Einschätzung sind folgende Einwände zu erheben. Erstens handelt es sich bei Robinsohns Vorschlag um die Skizzierung der deutschen Position, die selbstverständlich auf französische, britische, amerikanische usw. Positionen treffen und in Verhandlungen modifiziert werden musste. Die deutsche Position sollte jedenfalls den Verbleib Österreichs und des Sudetenlandes bezwecken, weil damit alte demokratische Forderungen erfüllt würden und weil dem deutschen Volk nicht zu vermitteln gewesen wäre, weshalb die international anerkannt erworbenen Gebiete wieder abgegeben werden sollten; sonst wäre die Position der deutschen Nach-Hitler-Regierung – wie die der Weimarer Koalition durch den Versailler Vertrag – massiv geschwächt worden. Zweitens gab es von alliierter Seite noch nicht die völkerrechtlich problematische Forderung nach unconditional surrender, bedingungsloser Kapitulation, womit auch von alliierter Seite ein Verhandlungsspielraum gegeben war. Das änderte sich erst auf der Konferenz von Casablanca, mehr als ein Jahr nach der Niederschrift der Denkschrift. Drittens hat Kurlander sich schlicht verzählt. Die Denkschrift datiert nicht vom Herbst 1942, drei Jahre nach Kriegsbeginn, als auch Robinsohn im dänischen Exil zweifellos von dem laufenden Holocaust erfahren hatte (wobei Kurlander nachweist, dass liberale Intellektuelle in Deutschland, wie Marie Baum, bis 1945 nur fragmentarisch von der „Endlösung“ wussten), sondern vom Herbst 1941, zwei Jahre nach Kriegsbeginn, als die Gaskammern in Auschwitz noch nicht arbeiteten und die Dimension der „Endlösung“ noch nicht zu überblicken war. Vielmehr war Deutschland im Herbst 1941 auf dem Höhepunkt seiner äußeren Machtentfaltung. Unter diesem Aspekt sind seine taktischen Vorschläge anders zu bewerten, als Kurlander es tut. Vielleicht ist es ein Problem, dass die vollständigen Denkschriften Robinsohns bisher noch nicht veröffentlicht worden sind, so dass das Bild davon verzeichnet werden kann.

Das letzte, fünfte Kapitel wendet sich der „Judenfrage“ zu. Mit der Frage, wer Jude ist, verfährt Kurlander großzügig. Der letzte DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser, ein getaufter Protestant mit jüdischer Mutter, der getaufter Protestant Fritz Elsas und der Konvertit Eugen Schiffer werden als Vollblutjuden (188), aber bloße „technische“ Protestanten gewertet. Auch Marie Baum, die lediglich ein jüdisches Großelternteil hatte, wird dem Judentum zugeordnet (188, 191). Kurlander erkennt nicht an, dass diese deutschen Demokraten in unterschiedlicher Weise den Assimilationsprozess der deutschen Juden in äußerster Konsequenz darstellen, nämlich das Judentum vollends aufzugeben.

Das andere große Problem ist, dass Kurlander nur eine konzeptionelle Variante gelten lässt, die „völkische“ jüdische Staatsgründung. Für diesen in einem Memorandum von 1941 formulierten Vorschlag rühmt der Autor Goerdeler und mit ihm den Bosch-Kreis bzw. die Bosch-Beck-Goerdeler-Gruppe, während er der Robinsohn-Strassmann-Gruppe diesbezüglich konzeptionelle Schwäche vorhält. Dabei ist aber zu bedenken, dass Goerdelers Papier zur Judenfrage aufgrund der Vernetzung der deutschen Opposition vermutlich auch Elsas und Strassmann bekannt geworden und von Goerdeler mit ihnen diskutiert worden ist. Folgt man Kurlander, hätten die Nationalsozialisten, die vor dem Zweiten Weltkrieg das Auswanderungskonzept in ein geschlossenes Siedlungsgebiet anstrebten, konzeptionelle Stärke bewiesen. Wiederum argumentiert er ungenau, wenn er Robinsohn und Elsas Kontakte zu hohen Militärs zuordnet und somit den konspirativen Charakter der Verbindungen verkennt. Robinsohn war persönlich an Kontakten mit der Rechtsopposition nicht beteiligt. Strassmann stimmte sich selbst mit Goerdeler ab und legte beispielsweise Wert darauf, dass über ihn und seine Verbindungen nichts

Schriftliches niedergelegt werden dürfe; später hielt er im allgemeinen über Elsas die Verbindung mit Goerdeler. Aber am gravierendsten ist, wie Kurlander mit der ethnisch-religiösen, also nach seiner Terminologie „völkischen“ Staatsgründung Israels seiner eigenen Argumentation gegen den „völkischen“ Liberalismus widerspricht. Hier sollte nicht vernachlässigt werden, dass fast alle deutschen Juden die traditionelle jiddische Sprache aufgegeben und sich die deutsche Sprache und Kultur angeeignet hatten, dass sie in liberalen jüdischen Gemeinden lebten, die auch die Gottesdienstformen dem protestantischen Vorbild angepasst hatten, dass sie vielfach sozial aufgestiegen waren und sich von den als rückständig betrachteten ostjüdischen Zuwanderern distanzierten.

Bemerkenswert sind die Distanz der Liberalen, auch der von Kurlander als „völkisch“ qualifizierten, vom NS-Rassenantisemitismus, ihr Einsatz für die Menschen- und Bürgerrechte der Juden und ihre praktischen Hilfeleistungen.

Abschließend ist zu fragen, ob manche Analogien nicht vorschnell gesetzt sind, ob manche Vergleiche nicht zu plakativ ausfallen. Andererseits fordern die zugespitzten Resultate und Konsequenzen zur Auseinandersetzung heraus. Kurlander selbst betont mehrfach, wie wichtig seine Fragestellung für die liberalen Demokratien in Europa und Amerika ist, wie bedeutsam die Erkenntnis von der Fragilität liberaler Gesellschaften, die Anfälligkeit auch des Liberalismus für autoritäre und irrationale Tendenzen für die Existenz etwa Großbritanniens und der USA ist.

Ein Problem bleibt, dass Kurlander den Liberalismus-Begriff zu eng genommen hat. Dieser beschränkt sich nicht auf den Naumannschen Sozialliberalismus, und auch im Fall der DDP erscheint es durchaus als fraglich, ob es den von Kurlander behaupteten Siegeszug der Naumannianer im Verlauf der Weimarer Republik tatsächlich gegeben hat; die auf den Parteitage gehaltenen Wirtschaftsreferate sprechen da eher eine andere Sprache. Nur punktuelle Berücksichtigung findet der Nationalliberalismus, obwohl er in den meisten Legislaturperioden des Kaiserreichs und der Weimarer Republik die stärkeren Fraktionen stellte. Und im Gegensatz zu den Demokraten gingen ganze DVP-Bezirke 1933 tendenziell geschlossen zur NSDAP über.

Ein letzter Merkpunkt sei genannt. Die deutschen Parteien machten die Erfahrung des Nationalsozialismus nicht unvorbereitet. Sie hatten in den Jahren seit 1919 den Aufstieg des italienischen Faschismus in Verbindung mit den dortigen Liberalen beobachten können, hatten die Prozesse, für die Hitler wenige Monate brauchte, dort in größeren Etappen sich über Jahre hin vollziehen sehen. Sie sollten also gewarnt gewesen sein.

Kurlander hat mit seinem Werk eine Wunde geschlagen, die weiterer Erörterung bedarf. Dem könnte auch eine Publikation des redigierten Werkes in deutscher Sprache dienen.

Solingen

Horst Sassin